



Emscher-Lippe-Region - Bilanz und Perspektive

Sehr geehrter Herr Blanck,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Roland,
sehr geehrte Damen und Herren,

17.02.2010

Seite 1/30

Regierungspräsident

Dr. Peter Paziorek

Telefon 0251-411-1000

peter.paziorek@brms.nrw.de

zunächst einmal herzlichen Dank für die Einladung zum 15. Aschermittwochs-Gespräch hier in Gladbeck. Ich bin gerne gekommen, denn das Thema, das Sie für das heutige Gespräch vorgeschlagen haben „Bilanz und Perspektive der Emscher-Lippe Region“ ist nicht nur aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise hoch aktuell. Als Regierungspräsident fühle ich mich ein Stückweit verantwortlich für die Entwicklung dieser Region. Sie liegt mir aber auch persönlich am Herzen, denn ich bin hier geboren und aufgewachsen.

Bevor ich auf die Perspektiven dieser Region eingehen werde, möchte ich zunächst bilanzieren, was in der Zuständigkeit meiner Behörde für diese Region, vor allem aber, was im Rahmen der strukturpolitischen Zusammenarbeit mit dieser Region erreicht worden ist. Mir ist dabei wichtig, noch einmal kurz auf die Anfänge dieser intensiven Zusammenarbeit zwischen den Akteuren in der Region und „Ihrer“ staatlichen Mittelinstanz zurückzublicken, denn diese Zusammenarbeit hat sich in meinen Augen sehr bewährt.

Bezirksregierung Münster

Domplatz 1-3

48143 Münster

Telefon: 0251/411-0

Telefax: 0251/411-82525

www.brms.nrw.de



I. Bilanz

Der Prozess des Strukturwandels im „Revier“, der schon in den 60er Jahren verstärkt eingesetzt hatte und in seinen intensivsten Phasen mit dem Verlust von mehreren Tausend Montanarbeitsplätzen pro Jahr einherging, ist Mitte der Achtziger Jahre mit voller Wucht im Nördlichen Ruhrgebiet angekommen. In Reaktion darauf wurde der Aufstellungsbeschluss für den Gebietsentwicklungsplan Nördliches Ruhrgebiet im Dezember 1985 mit dem Auftrag an die Bezirksregierung verbunden, gemeinsam mit der Region ein „Handlungskonzept für den Emscher-Lippe-Raum“ zu entwerfen. Also die raumbezogenen Planungen durch eine gemeinsam getragene Handlungsstrategie zu ergänzen.

Man darf getrost behaupten, dass damit die regionalisierte Strukturpolitik im Land NRW begann, denn als die Landesregierung 1987 mit der „Zukunftsinitiative Montanregionen (ZIM)“ und 1989 mit der „Zukunftsinitiative Nordrhein-Westfalen (ZIN)“ alle Teilräume des Landes zur Regionsbildung aufrief, war die Emscher-Lippe Region für diese Politik schon gut aufgestellt. Mit dem Handlungskonzept vom März 1988 und den Fortschreibungen als Emscher-Lippe Entwicklungsprogramm aus den Jahren 1991 und 1998, den Zielvereinbarungen zwischen der Landesregierung und der Emscher-Lippe Region von 2005 und der



Handlungsstrategie 2020 von 2007 verfügte die Region jederzeit über ein von vielen Partnern getragenes Konzept, das für die Förderpolitik auf Landesebene und für die in kommunaler Hoheit zu treffenden Planungs- und Investitionsentscheidungen eine gute Richtschnur vorgab.

Die Aufgabenstellungen, denen sich diese Programme widmeten, ergaben sich zunächst aus den Problemen der Region. Die überwiegende Mehrzahl der in diesen Programmen entwickelten Projekte und Maßnahmen hatte eine regionsweite Bedeutung und der prozessuale Mehrwert, der durch diese kooperativen Aktivitäten erreicht wurde, wirkt bis heute nach. Bereits im Emscher-Lippe Entwicklungsprogramm von 1998 hatte die Region ihre Kernkompetenzen definiert, u.a. als Chemie- und Energie-Region, und Projekte für den Ausbau ihrer Stärken entwickelt.

Es wäre sicherlich übertrieben, wenn man behaupten würde, dass all das, was in den letzten 20 Jahren in der Emscher-Lippe Region an positiven Entwicklungen eingeleitet werden konnte, ausschließlich auf die regionalisierte Strukturpolitik zurück zu führen ist. Zutreffend ist meines Erachtens jedoch die Feststellung, dass die regionale Zusammenarbeit der Entwicklung der Region sehr genützt hat. Ich möchte das im Folgenden gerne anhand einiger Beispiele belegen:



a) Wissenschaft und Technologie

Bekanntlich war das Ruhrgebiet bis in die 60er Jahre des letzten Jahrhunderts hinein eine weitgehend „hochschul-freie Zone“. Die damals auf breiter Front einsetzenden Neugründungen fanden jedoch fast ausschließlich in den Oberzentren der Hellwegzone statt – der Emscher-Lippe-Raum blieb unterversorgt, abgesehen von einer kleinen Abteilung der FH Bochum in Gelsenkirchen. Schon im ersten Handlungskonzept von 1988 ist dieses Defizit an Forschungs- und Bildungseinrichtungen als großer Standortnachteil der Region erkannt und Abhilfe eingefordert worden. Dass es heute eine Fachhochschule in Gelsenkirchen mit Abteilungen in Recklinghausen und Bocholt gibt, ist allein dem breiten und konzentrierten Einsatz aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft der Region zu verdanken.

Bottrop hat sich 2008 erfolgreich am Wettbewerb des Landes um neue FH-Standorte beteiligt, die neu gegründete Fachhochschule „Ruhr West“ mit Standorten in Mülheim und Bottrop hat vergangenes Jahr den Betrieb aufgenommen. Die regionalen Bemühungen um den Ausbau der Fachhochschule Gelsenkirchen waren leider nur mit Blick auf den neuen Studienort in Ahaus erfolgreich.



Auch die Förderung von Forschungs-, Entwicklungs- und Transfer- bzw. Gründungseinrichtungen hat die Region gestärkt und ihr den Aufbau neuer Kompetenzfelder ermöglicht. Beispielhaft sei hier nur das mit bisher gut 10 Mio. € geförderte Institut für Angewandte Photovoltaik in Gelsenkirchen genannt.

Wirtschaftsförderung

Wenn die Bezirksregierung sich im Kontext der Emscher-Lippe-Zusammenarbeit für ein Projekt besonders eingesetzt hat, dann ist es der Aufbau einer regionalen Wirtschaftsförderung gewesen. Seit 1990 verfügt die Region mit der Emscher-Lippe-Agentur, der heutigen WiN Emscher-Lippe (Wirtschaftsförderungs-Netzwerk Emscher-Lippe) über eine kooperative Einrichtung, die dem Standortmarketing und anderen wirtschaftsfördernden Aktivitäten der Region mehr Gewicht verleiht, als es die einzelnen Akteure je könnten.

Flächenentwicklung für Wirtschaft und Städtebau

Für die Verbesserung der städtebaulichen Situation in der Region und die Schaffung neuer Arbeitsplätze war die Aufbereitung und Wiedernutzung von Altflächen der Montanindustrie essentiell. Der Wissenschaftspark in Gelsenkirchen,



das Gründer- und Gewerbezentrum auf der Zechenbrache Arenberg-Fortsetzung in Bottrop, der Gewerbepark Erin in Castrop-Rauxel sowie Umbau und Neunutzung der Zeche Waltrop sind nur einige Beispiele aus einer langen Liste von Objekten.

Aber auch in den Kommunen, in denen für die nötigen gewerblichen Entwicklungen keine Altflächen reaktiviert werden konnten, waren durch regionale Schwerpunktsetzung neue hochwertige Gewerbeflächen erreichbar, so etwa durch die Einrichtung des Innovationszentrums und Gewerbeparks Wiesenbusch in Gladbeck oder des interkommunalen Industrieparks Dorsten/Marl.

Einen großen Anteil an diesem Entwicklungsschub hatte die vom Land zu Beginn der 90er Jahre gestartete „Internationale Bauausstellung (IBA) Emscherpark“. Als in der Folge der IBA die Städtebauförderung auf das Themenfeld „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“, ausgeweitet und zunächst kein Stadtteil aus der Emscher-Lippe-Region in dieses Programm aufgenommen werden sollte, konnte dies durch eine Initiative der Bezirksregierung Münster korrigiert werden. U.a. konnten die Stadtteile Boy-Welheim in Bottrop, Bismarck bzw. Schalke-Nord in Gelsenkirchen, Butendorf in Gladbeck und Hochlarmark in Recklinghausen aus diesem Programm gefördert werden.



Heute ist das Programm „Soziale Stadt“ Schwerpunktförderbereich in der Städtebauförderung.

b) Ökologieprogramm Emscher-Lippe

Neben den Anstrengungen zur Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels hat die ökologische Erneuerung der Emscher-Lippe-Region eine große Rolle gespielt. Hier ist es gelungen, aus abgenutztem, geschädigten und belastetem Raum wieder eine Landschaft entstehen zu lassen, die den Bewohnern, zunehmend aber auch den Besuchern der Region, Aufenthalts- und Erlebniswerte anbieten kann und somit neue Standortqualität geschaffen hat.

Ein wichtiger Bestandteil der ökologischen Erneuerung ist zudem die Verbesserung der Gewässerqualität, die mit der „Jahrhundertaufgabe“ der Sanierung des Emschersystems sowie der städtebaulichen und landschaftlichen Integration von Emscher und Lippe samt ihrer Nebenläufe verbunden ist.

c) Bundesgartenschau 1997

Schon aus dem ersten Handlungskonzept von 1988 stammt die Idee, am Beispiel einer Landesgartenschau in der Emscher-Lippe-Region städtebauliche Problemsituati-



onen kreativ aufzugreifen und so die Möglichkeiten zur Rückgewinnung von ökologischer und landschaftlicher Wertigkeit in Verbindung mit der Entstehung neuer Standortqualität zu demonstrieren. Durch den gebündelten Einsatz der Förderprogramme des Landes in einer Größenordnung von fast 80 Mio. DM wurde die Bundesgartenschau 1997 in Gelsenkirchen auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Nordstern I/II ermöglicht. Der als „Ankerpunkt der Route der Industriekultur“ vielbesuchte Nordsternpark ist eine bleibende und schöne Erinnerung an dieses Highlight.

d) Tourismus und Freizeit/Entertainment

Dass die Emscher-Lippe-Region auch auf dem Tourismus- und Freizeitsektor große Entwicklungspotentiale hat, ist erst relativ spät erkannt worden. Mit ihrer Planungs- und Förderzuständigkeit hat die Bezirksregierung unter anderem die Modernisierung und Erweiterung des Filmparks Movie World und des AlpinCenters in Bottrop und der Veltilns-Arena auf Schalke unterstützt.

Handlungsstrategie 2020

Sehr geehrte Damen und Herren, es war mir wichtig, einmal festzuhalten, dass in den letzten 20 Jahren viele Dinge



in der Emscher-Lippe-Region verändert und angestoßen worden sind, auf denen es sich ganz gut aufbauen lässt. Mit der auf der Emscher-Lippe Konferenz am 7. September 2007 verabschiedeten Handlungsstrategie 2020 liegt hierfür ein gutes Konzept vor. Die Region hat dabei das Oberziel, einer der wichtigsten Standorte für moderne Industrie in NRW zu sein.

Als wichtige Entwicklungsfelder der Handlungsstrategie werden unter anderem die Cluster **Chemie**, **Energie** und **Gesundheitswirtschaft** definiert. Die Cluster haben zum Teil nicht nur eine regionale, sondern auch eine landesweite Bedeutung:

In der Sparte Chemie hat die ChemSite-Initiative ein erfolgreiches Modell entwickelt und steht für ein gelungenes Regio-Cluster. Mit einem funktionierendem Netzwerk aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft ist ChemSite damit Modell und Vorbild für die Clusterentwicklung in NRW.

Evonik hat am Standort Marl zwei Science-to-Business-Center (S2B-Center) Nanotronics und Biotechnology realisiert. Sie stehen für herausragende Forschungseinrichtungen in der Region, in denen sich Grundlagenforschung und Produktentwicklung bis zur Pilotproduktion vereinen.



Im Bereich Energie steht neben dem bereits etablierten Schwerpunkt der Solarindustrie in Gelsenkirchen, insbesondere das Thema Wasserstoff / Brennstoffzellentechnologie im Fokus. Gerade die Brennstoffzellentechnologie bietet eine große Chance für die Emscher-Lippe-Region, da sie eine Brückentechnologie zwischen der fossilen und regenerativen Energieerzeugung darstellt. Hier zeigt sich die Verbindung zur Chemie, da sich der benötigte Wasserstoff sowohl konventionell aus Öl, Gas und Kohle aber auch aus regenerativ erzeugtem Strom oder Biomasse gewinnen lässt.

Die Gesundheitswirtschaft ist mit 54.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber in der Emscher-Lippe-Region. Um die Wachstumspotenziale auszuschöpfen, kooperiert die Region mit den medizinischen Hochschulen und gesundheitswirtschaftlichen Instituten des Regierungsbezirks und des Ruhrgebiets bei der Entwicklung und Umsetzung von Innovationen, indem wissenschaftliche Erkenntnisse und hohe Nachfrage gezielt für die Schaffung von Systemlösungen und Wertschöpfungsketten verbunden werden. Die Region sieht ihre Stärken in der Anwendungsorientierung an der Schnittstelle zwischen Unternehmen, Wissenschaft und Qualifizierung.



Um langfristig moderner Industriestandort bleiben zu können, müssen hochwertige Flächen zur Verfügung stehen. Mit dem newPark (136 ha), der Westerweiterung des Chemieparks Marl (43 ha), dem ehemaligen Gelände für die Erweiterung des BASF-Kraftwerks und Kohlehafens nördlich des Bergwerks Auguste Victoria (30 ha), der Norderweiterung BP in Gelsenkirchen (65 ha), und dem Industriepark Rüttgers in Castrop-Rauxel (10 ha), hat die Region fünf Vorhaben über 10 ha zur Ansiedlung von Industrie in der Planung bzw. Umsetzung. Sie übernehmen aufgrund ihrer überregionalen Bedeutung für die Bewältigung des Strukturwandels eine wichtige Funktion. NewPark ist dabei eine landesbedeutsame Industriefläche, die übrigen Flächen weisen aufgrund ihrer direkten Anbindung an Chemieparks ein Alleinstellungsmerkmal auf. Weitere Gewerbe- und Industrieflächen sind priorisiert. Die Region wird dieses Flächenpotential als Teil der Handlungsstrategie laufend miteinander abgestimmt entwickeln.

Weitere entwicklungsfähige Schwerpunkte der Handlungsstrategie, auf die ich jetzt nicht näher eingehen will, bilden die Bereiche „Mittelstand und Gründung“, der „Städtebau“, eine „gemeinsame Strategie für Ansiedlungsflächen“ sowie „Bildung und Qualifizierung“ mit ihren Querbezügen untereinander.



„Wandel als Chance“ und „Konzept Ruhr“

Die Region hat ihre Vorstellungen in das Positionspapier „Wandel als Chance“ und das „Konzept Ruhr“ der Wirtschaftsförderung Metropole Ruhr eingebracht.

Das Positionspapier Wandel als Chance ist im Oktober 2008 von den Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern und den Landräten der Metropole Ruhr gemeinsam mit dem Kreis Steinfurt entwickelt worden. Ziel ist es, möglichst frühzeitig mit allen Beteiligten in der Landesregierung, der Wirtschaft, mit den Gewerkschaften eine Diskussion über die Bewältigung von Folgen der Kohlebeschlüsse zu beginnen. Wesentlicher Anlass der Erstellung des Positionspapiers war ein Gutachten der Prognos AG aus dem Jahr 2007, das die Arbeitsplatzverluste in der Metropole Ruhr und dem Kreis Steinfurt durch Stilllegung der verbliebenen Bergwerke auf rund 53.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse beziffert. Das Positionspapier benennt konkret drei Handlungsfelder:

1. Neu Nutzen und Entwickeln - Flächensicherung und nachhaltige Stadtentwicklung
2. Erneuern und Erfinden - Koordinierte Forschungs- und Technologieförderung und
3. Fördern und Begleiten - Bildungsregion Ruhr 2018



Die Grundlage der Umsetzung im Handlungsfeld 1 „Flächensanierung und nachhaltige Stadtentwicklung“ ist im „Konzept Ruhr“ zusammengefasst worden. Dieses Konzept Ruhr definiert das gemeinschaftliche Leitbild für die nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung der Metropole Ruhr in der nächsten Dekade. Hier werden Qualitäten und Schwerpunktthemen zur Planung und Umsetzung konkreter Vorhaben formuliert und die Bedeutung der nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung im Strukturwandel und im Wettbewerb der Regionen beschrieben. Darüber hinaus macht es die wachsende Bedeutung privatwirtschaftlichen Engagements der Stadtentwicklung sichtbar und bietet eine strukturierte Übersicht zu den innerhalb der nächsten Dekade vorgesehenen Projekten

Von den eingebrachten 79 Projekten aus der Emscher-Lippe Region befinden sich etliche in der Umsetzung. Hierbei werden für die öffentlichen Finanzierungsanteile neben den kommunalen Eigenanteilen verschiedene Förderprogramme eingesetzt.

Seit 2007 sind in der Emscher-Lippe Region aus Ziel-2 Mitteln insgesamt 61 Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von 123.437.493,04 € gefördert worden. Die Zuwendungen aus EU- und Landesmitteln belaufen sich dabei auf 91.663.711,77 €. Soweit die Bilanz.



II. Die Perspektiven

Wirtschaftsministerin Christa Thoben stellte bei der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts 2010 am 18. Januar fest, dass sich Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen in deutlich besserer Verfassung zeigen, als viele Fachleute noch vor zwölf Monaten vermutet hatten. Ein Blick auf den Arbeitsmarkt in der Emscher-Lippe Region bestätigt diese These:

Die Arbeitslosenquote liegt im Vergleich zum Vorjahr unverändert bei 12,0 %. Die absolute Zahl der Arbeitslosen ist von Januar 2009 bis Januar 2010 um „nur“ 0,6 % (von 59.601 auf 59.956) gestiegen! Im Bereich des Arbeitsamtes Gelsenkirchen stieg die Zahl der Arbeitslosen um 1,3 % (von 28.622 auf 28.699), im Bereich des Arbeitsamtes Recklinghausen sank die Zahl der Arbeitslosen sogar um 0,1 % (von 30.979 auf 30.957).

Die Arbeitslosenquote von derzeit 12 % in Emscher-Lippe (13,2 % AA Gelsenkirchen, 11,1 % AA Recklinghausen) liegt zwar über dem landesweiten Durchschnitt von 9,2 % (Regierungsbezirk 8,2 %). Wir wissen aber alle, dass die Quote in früheren Jahren noch deutlich höher lag.



Nach Einschätzung des Präsidenten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen (RWI), Prof. Christoph M. Schmidt, wird sich die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen voraussichtlich wieder genau so entwickeln wie im Bundesgebiet. Wir halten seit einigen Jahren mit der Entwicklung im Bund Schritt. Die Sonderfaktoren, die die Wirtschaft früher an Rhein und Ruhr belastet haben, spielen offensichtlich keine große Rolle mehr.

Das RWI hält es sogar durchaus für denkbar, dass sich die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen besser entwickelt als erwartet. Genauso, wie die stark exportabhängige Wirtschaft des Landes wegen des Zusammenbruchs der Weltmärkte besonders schnell in Mitleidenschaft gezogen worden ist, könnte sie bei einer Besserung der internationalen Situation eher davon profitieren als andere.

Industriestandort

Nach einer Studie von Prof. Dr. Björn Bloching von der Roland Berger Unternehmensberatung ist Nordrhein-Westfalen als Industriestandort bereits heute „excellent“ in den globalen Überlebentechnologien - dies sind vor allem Energie, Mobilität, Wasser, Kreislaufwirtschaft, Ernährung und Gesundheit - positioniert. Zukünftige Entwicklungen in diesen Handlungsfeldern sind entscheidend für die Siche-



nung der Grundbedürfnisse der gesamten Weltbevölkerung. Nach seiner Auffassung zieht sich die zentrale Stärke der Wirtschaft Nordrhein-Westfalens auf diesen Märkten durch alle Unternehmensgrößen – vom Handwerk über den stark aufgestellten Mittelstand bis hin zu den global agierenden Konzernen.

Die Nutzung der Marktchancen in den globalen Überlebungstechnologien erfordert innovative industrielle Entwicklungen: Modernste Maschinenbautechnik, geeignete Produktionsanlagen, spezialisierte Verfahren, hochqualifizierte Beschäftigte, effiziente Transport- und Logistiknetzwerke.

Dafür ist ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen notwendig. Der entsprechende Ausbau der industriellen Kapazitäten muss auch gesellschaftlich akzeptiert werden. Dies hängt nicht zuletzt auch davon ab, ob es Wirtschaft und Politik gelingt, die Chancen und Möglichkeiten und insbesondere die Unverzichtbarkeit von Industrie der Öffentlichkeit zu vermitteln.

Verkehrsinfrastruktur

Unerlässliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Prosperität ist zweifelsfrei eine gute Verkehrsinfrastruktur. Verkehrswege sind die Lebensadern der Wirtschaft, Mobilität



ist Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Für die Entwicklung dieser Region sind daher der Erhalt und der bedarfsgerechte Ausbau der Verkehrsadern, insbesondere die adäquate Einbindung in das großräumige Verkehrsnetz, entscheidend. Für die Emscher-Lippe Region sind zwei Projekte von herausragender Bedeutung, nämlich der 6-streifige Ausbau der A 52 sowie der Rhein-Ruhr-Express (RRX).

a) 6-streifige Ausbau der A 52

Die A 52 soll entsprechend dem Bedarfsplan 2004 für die Bundesfernstraßen auf sieben Abschnitten von den Niederlanden (Netzschluss bei Roermond) bis zur Anschlussstelle Gelsenkirchen-Buer 6-streifig ausgebaut werden. Die besonders kostenintensiven drei Abschnitte, welche im Kern den Ausbau der B 224 zur A 52 betreffen, werden mittlerweile bereits mit 600 Mio. Euro veranschlagt. Von diesen drei Abschnitten liegen die zwei nördlichen in der Emscher-Lippe-Region, nämlich:

- der Ausbau der B 224 zur Autobahn von der A 42 bis zur A 2 und
- der weitere Ausbau nach Norden von der A 2 bis zur vorhandenen A 52, dem Anschluss Gelsenkirchen-Buer auf Gladbecker Stadtgebiet.



Dem Ziel, die A 52 bedarfsgerecht auszubauen, sind wir durch die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens auf Bottroper Stadtgebiet Anfang 2009 ein Stück näher gekommen. Entgegen der ursprünglichen Bedarfsplandarstellung ist das Autobahnkreuz Essen/Gladbeck ausgeklammert worden, um nicht ein Präjudiz für die Detailplanung auf Gladbecker Stadtgebiet zu schaffen und um die Planungsverzögerungen im Rahmen zu halten. Der volle Nutzen dieses Großprojektes kommt allerdings erst zum tragen, wenn die A 52 durchgehend 6-streifig ausgebaut ist.

Brennpunkt ist der Abschnitt auf Gladbecker Stadtgebiet. Verständlicher Wunsch der Stadt Gladbeck ist dabei eine optimale, als Tunnelführung ausgestattete Trassengestaltung mit optimiertem Autobahnkreuz zur A 2 und einem direkten Anschluss des Gewerbegebietes Brauck. Der Bund hat unter Berücksichtigung der begrenzten Mittel im Bundeshaushalt schon weitreichende Zugeständnisse bezüglich der Tunnellänge gemacht. Die Erfüllung der weiteren Gladbecker Wünsche würde allerdings Mehrkosten von über 25 Mio. € verursachen. Natürlich werde ich alles unternehmen, um doch noch eine Konsenslösung auf Gladbecker Stadtgebiet herbeizuführen. Aber wenn nicht kurzfristig eine Lösung gefunden wird, besteht meines Erachtens die Gefahr, dass sich die Gesamtmaßnahme erheblich verzögert und die Realisierung sogar gefährdet



wird. Denn im Zuge rückläufiger Haushaltseinnahmen kann nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, dass die mit den Konjunkturpaketen I und II einhergehende Mittelaufstockung für den Bundesverkehrswegebau auch nach 2011 auf diesem hohen Niveau gehalten werden kann.

Ich hoffe daher, dass wir einen Kompromiss finden werden. Ein Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Enak Ferlemann, ist leider kurzfristig abgesagt worden, aber vielleicht besteht doch noch die Möglichkeit, dieses vor Ort nachzuholen. Mit einer konstruktiven Lösung zur A 52 wird unser Regierungsbezirk in Zukunft bezüglich der Straßenverkehrsinfrastruktur flächendeckend gut aufgestellt sein. Viele wichtige Verkehrsprojekte sind bereits umgesetzt worden, befinden sich in der Umsetzung oder sind für die Zukunft auf den Weg gebracht worden. Ich nenne hier nur einige Großprojekte, z.B.:

- den Neubau der A 31, die seit 2004 fertig gestellt ist,
- den 6-streifigen Ausbau der A 2,
- den Neubau der B 54n als Kraftfahrstraße von Münster nach Enschede,
- den Neubau der B 67 / B 64 als Kraftfahrstraße von Bocholt nach Ostwestfalen oder den
- 6-streifigen Ausbau der A1.



b) Rhein-Ruhr-Express (RRX)

Bei der Schienenverkehrsinfrastruktur haben wir dagegen noch erheblichen Nachholbedarf. Ziel der Landes- und Regionalplanung ist es, unseren Regierungsbezirk an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz für den Personenfernverkehr (ICE-Taktverkehr) anzuschließen. In der Vergangenheit sind in unserer Region immer wieder ICE-Verbindungen gestrichen worden, wodurch wir in eine verkehrliche Randlage gedrückt wurden.

Nach dem Aus für den Metrorapid im Juni 2003 wird in Nordrhein-Westfalen unter dem Arbeitstitel "Rhein-Ruhr-Express" die Einführung eines neuen Schienenverkehrsproduktes geplant, das qualitativ zwischen dem heutigen Schienenpersonenfernverkehr (SPFV) und dem Regional Express (RE) angesiedelt ist. Kernstrecke für den RRX ist die Achse „Dortmund - Essen -Duisburg – Düsseldorf“, mit den Anschlüssen nach Köln und zum Flughafen Köln/Bonn.

Ausgehend von dieser Achse wurden mögliche Verbindungstrassen in andere Landesteile in die konzeptionellen Überlegungen einbezogen. Die vom Bund beauftragte Realisierungsstudie sieht dementsprechend den 2-gleisigen Ausbau der Schienenstrecke Münster – Lünen als zwingende Voraussetzung für die Einführung des RRX vor.



Die Deutsche Bahn und das Land haben die Maßnahme in den „Masterplan NRW“ aufgenommen, der am 12. Dezember 2008 vom Land und der Bahn verabschiedet worden ist. Zugleich hatte der Bund den Vorstoß zum Planungsbeginn ausdrücklich begrüßt und dies in einem „Memorandum of Understanding“ mit dem Land Nordrhein-Westfalen und der Deutschen Bahn verankert.

Am 20. August 2009 haben Verkehrsminister Lutz Lienenkämper und DB-Vorstandsvorsitzender Dr. Rüdiger Grube einen Vertrag über die Vorfinanzierung der Planungskosten für den zweigleisigen Ausbau der Strecke Münster–Lünen unterzeichnet. Die technische Vorplanung soll 2011 abgeschlossen werden. Ab 2012 soll sukzessive mit der Einleitung der notwendigen Planfeststellungsverfahren zur Erlangung des Baurechtes begonnen werden.

In jüngster Vergangenheit gab es aufgrund von Zeitungsberichten Zweifel am Umsetzungswillen der DB AG hinsichtlich des RRX-Projektes. Im Januar dieses Jahres haben sowohl der Bundesverkehrsminister als auch der Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Verkehrsministerium, Günter Kozlowski, diese Meldungen nachdrücklich dementiert: „Das Land arbeitet gemeinsam mit seinen Partnern beim Bund und bei der Bahn mit Hochdruck daran, den RRX so schnell wie möglich auf die Schiene zu



bringen.“ Der Bund hat im Haushaltsausschuss die Umsetzung des RRX beschlossen. Die Bahn erstellt derzeit die Entwurfsplanung, im Anschluss werden dann die erforderlichen Planfeststellungsverfahren eingeleitet. Alle Beteiligten sind an die gesetzlich erforderlichen Planungsschritte gebunden. Ich gehe daher davon aus, dass die bisherigen Zusagen eingehalten werden.

Es lässt sich allerdings nicht leugnen, dass die Kosten für den RRX exorbitant gestiegen sind. Anfangs sollte der RRX 1,4 Milliarden Euro kosten. Im Dezember 2009 ist das Projekt in einer Unterrichtung an das Parlament mit zwei Milliarden Euro beziffert worden. Die „Fulda-Kommission“ aus Bahnvertretern und Experten des Bundesverkehrsministeriums hatte schon Mitte 2009 Gesamtkosten von 2,684 Milliarden Euro errechnet.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welcher Zeitraum benötigt wird, das RRX-Projekt in Gänze umzusetzen und welche Prioritäten dabei gesetzt werden.

Auch bei einer eventuell rückläufigen Finanzausstattung des Verkehrsinfrastruktursektors darf der 2-gleisige Ausbau der Schienenstrecke Münster–Lünen nicht nach hinten geschoben werden. Die Beseitigung des „Lünener Nadelöhrs“ ist nicht nur eine unabdingbare Voraussetzung für das Ge-



samtprojekt RRX, sondern auch ein vordringliches und eigenständiges Bauprojekt des Bundesverkehrswegeplanes für den Schienenfernverkehr - mit einem sehr guten Nutzen-Kosten-Quotienten. Nicht zuletzt sprechen die geschätzten Kosten von „nur“ rd. 270 Mio. €, bei einem Gesamtvolumen von über 2,5 Mrd. €, für unser Projekt.

Im Unterschied zu dieser, für die Fernverkehrsansbindung sowohl des Münsterlandes als auch der Emscher-Lippe-Region unverzichtbaren – und wie gesagt auch eigenständigen – Lünener Ausbaumaßnahme ist der regionalverkehrsorientierte Anschluss der Emscher-Lippe-Region an den RRX – über den Hauptbahnhof Gelsenkirchen – von den weiteren Fortschritten des RRX-Gesamtprojektes im Hauptkorridor Duisburg – Düsseldorf abhängig. Hier wird sicherlich ein langer Atems erforderlich, um den Ablauf des Gesamtobjekts tatsächlich unumkehrbar zu gestalten.

Bildungspolitik

Unter Zukunftsinvestitionen verstehe ich insbesondere auch eine aktive Bildungs- und Schulpolitik. Die Landesregierung hat ihre Verantwortung in diesen Bereichen sehr ernst genommen und so glaube ich auch gute Arbeit geleistet.



Eine Erfolgsgeschichte ist z.B. der Ausbau und die Finanzierung von Ganztagschulen, Ganztagsangeboten und pädagogischer Übermittagsbetreuung im Primarbereich und in der Sekundarstufe I. Im Primarbereich bieten im Schuljahr 2009/2010 insgesamt 2.970 offene Ganztagschulen Plätze für 202.700 Schülerinnen und Schüler an. Das sind zweieinhalb Mal so viele wie im Schuljahr 2005/2006. Zum nächsten Schuljahr wird es in den Schulen der Primar- und Sekundarstufe insgesamt 608.000 Ganztagsplätze geben!

Daneben ist die Unterrichtsversorgung von zentraler Bedeutung. Seit 2005 hat die Landesregierung insgesamt 6.915 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen – trotz sinkender Schülerzahlen. Darüber hinaus sind 7.530 Lehrerstellen im öffentlichen Schulbereich belassen worden, so dass sich die Versorgungssituation um 14.445 Stellen verbessert hat. Für die rund 1.000 Schulen im Regierungsbezirk hat die Bezirksregierung allein zum 2. Schulhalbjahr 2009/2010 insgesamt 440 neue Lehrkräfte eingestellt, auf die Em-scher-Lippe Region entfallen hiervon 209 Stellen.

Bildungspolitik begrenzt sich aber nicht auf Schulverwaltung. Wir fördern daher aktiv die Zusammenarbeit von Schulen, Kommunen, Unternehmen, Bildungsträgern, Kammern und vielen anderen Institutionen, indem wir Bil-



dungsnetzwerke gründen. Junge Menschen sollen beim Übergang von der Schule in den Beruf noch besser unterstützt werden. Unter Koordination der Bezirksregierung werden deshalb im Regierungsbezirk sog. „Regionalen Bildungsnetzwerke“ aufgebaut. Mit den Städten Gelsenkirchen und Bottrop sowie mit dem Kreis Recklinghausen sind bereits entsprechende Kooperationsverträge geschlossen worden.

Wir wollen damit ein Gesamtsystem für Bildung, Betreuung, Beratung und Erziehung auf regionaler Ebene schaffen, damit den Kindern und Jugendlichen frühzeitig Chancen geboten werden können und keiner durch den Rost fällt. Lokale Bildungsangebote werden zusammengeführt und neue Lösungsansätze in bereits bestehende Module integriert, um so gut funktionierende, vernetzte Strukturen zu knüpfen. Das gemeinsame Ziel aller Bildungsakteure ist dabei die Gestaltung einer Bildungsbiographie ohne Brüche. Bildungsnetzwerke benötigen verlässliche Strukturen. Ohne den festen politischen Willen der Kommunen sind Bildungsnetzwerke nicht denkbar, ich bin den kommunalen Entscheidungsträgern daher für die bisherige Kooperation sehr dankbar!



Kommunalfinanzen

Sehr geehrte Damen und Herren, die weitere Entwicklung in der Emscher-Lippe-Region, deren Chancen, Stärken, aber auch Schwächen, werden maßgeblich von der Situation der Kommunalfinanzen in dieser Region mitbestimmt. Und diese bereitet mir doch Sorgen. „Im Ruhrgebiet tickt eine Zeitbombe“, so ist der Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Martin Junkernheinrich vor vier Wochen in der Recklinghäuser Zeitung zitiert worden. Das ist sicherlich eine überspitzte Formulierung, aber die Finanzsituation der Kommunen insbesondere in der Emscher-Lippe-Region ist sehr ernst.

Der Kreis Recklinghausen hat seit 2009 keinen ausgeglichenen Haushalt und wird diesen nur noch mit ganz erheblichen Anstrengungen erreichen können. Alle 10 Städte des Kreises, auch Gladbeck, wirtschaften mit Beginn des Haushaltjahres 2010 nunmehr im Nothaushaltsrecht. Die Städte Gelsenkirchen und Bottrop befinden sich mit dem Haushaltsjahr 2010 gleichfalls im Nothaushaltsrecht, beide sind nach eigenem Bekunden derzeit nicht mehr in der Lage, ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.



Dies bedeutet im Ergebnis, dass alle Kommunen der Emscher-Lippe-Region, einschließlich des Kreises Recklinghausen, im Augenblick strengen haushaltsrechtlichen Zwängen unterworfen sind, die kaum noch einen eigenständigen finanziellen Gestaltungsraum für die Kommune übrig lassen. Kreditaufnahmen für investive Maßnahmen etwa sind nur noch stark eingeschränkt zulässig. Dies hat weitreichende Folgen, wenn nunmehr wichtige, lang geplante und von Verwaltung und Politik beabsichtigte Vorhaben aufgrund fehlender Mittel in Frage gestellt werden müssen. Dies gilt auch und gerade für viele Fördermaßnahmen, die für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Region wichtig, ja möglicherweise unverzichtbar sind, für die die Kommunen den verbindlichen Eigenanteil aber nicht mehr aufbringen können.

Über die Ursachen, die zu dieser Situation geführt haben, kann jetzt lange diskutiert werden, Schuldzuweisungen helfen in der jetzigen Situation aber nicht weiter. Vielmehr muss gemeinsam nach Wegen gesucht werden, die den Kommunen jedenfalls zukünftig den verlorengegangenen Gestaltungsspielraum wieder eröffnen und Sinnvolles erlauben. Denn die Emscher-Lippe-Region darf auch in der jetzigen Situation nicht von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abgeschnitten werden.



Betrachtet man die derzeitige Entwicklung, so besteht leider Grund zur Sorge, dass sich die kommunale Finanzsituation noch weiter verschärfen wird. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise werden sich erst zeitversetzt in ein bzw. zwei Jahren in ihrem vollen Umfang einstellen, da die Festsetzungen der Gewerbesteuer durch die Finanzbehörden auf die häufig zwei Jahre zurückliegenden Jahresabschlüsse der Gewerbebetriebe zurückgreifen, hier aber die aktuelle Situation noch nicht eingeflossen ist.

Der schon jetzt festzustellende, teilweise dramatische Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen - bis zu 20 %, in Einzelfällen noch weit darüber hinaus - wie auch des Einkommenssteueraufkommens werden sich in geringeren Landeszuwendungen an die Kommunen auswirken, da sich die Verteilungsmasse entsprechend reduzieren wird. Gleichzeitig steigen die Sozialausgaben. Sollte sich zudem das derzeitige Zinsniveau, das sich in 2009 auf historischem Niedrigstand befand, nach oben verändern und steigen die Personalkosten z.B. infolge der aktuellen Tarifverhandlungen, drohen den Kommunen zusätzliche Finanzrisiken.

Die Hoffnung auf eine alsbaldige Erholung der Wirtschaft zu setzen, wie es der eine oder andere derzeit wohl macht, ist angesichts positiver Indikatoren durchaus berechtigt.



Diese Erholung wird sich allerdings nur zeitversetzt auf die Einnahmesituation der Kommunen niederschlagen. Hier wird mit einem Zeitraum von wenigstens 5 Jahren gerechnet, bis das Niveau wieder erreicht sein könnte, das vor der Finanz- und Weltwirtschaftskrise bestand. In dieser Situation kommt der Kommunalaufsicht oder hier genauer der Finanzaufsicht, eine ganz besondere Bedeutung zu, die sich nicht darin erschöpfen darf, lediglich reines Haushaltsrecht durchzusetzen, sondern die von der Mitverantwortung für die Region und ihre Kommunen geprägt ist.

Die Rolle der Finanzaufsicht über die Kommunen ist angesichts der geschilderten finanziellen Entwicklung neu zu bestimmen. Dabei ist der verfassungsrechtlichen Selbstverwaltungsgarantie und dem Gebot, einheitliche Lebensverhältnisse im Land zu gewährleisten, Rechnung zu tragen - Vorgaben, die generell gelten und nicht von der jeweiligen finanziellen Situation einer Kommune abhängig sind. Aus diesem Grund dürfen Kommunen, die z.B. große Schwierigkeiten haben, ihren verbindlichen Eigenanteil bei Fördermaßnahmen zu erbringen, nicht von vornherein von solch einer Förderung ausgeschlossen werden.

Eine strukturelle Lösung des Problems ist – bei aller Sparanstrengung - aber nur möglich, wenn das System der Gemeindefinanzierung grundsätzlich auf den Prüfstand ge-



stellt wird. Lösungsvorschläge gibt es schon viele, sie reichen vom Entschuldungsfonds bis zur Einrichtung einer zweiten, kommunalen Kammer. Es ist daher dringend notwendig, dass zwischen Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden schnellst möglich ein Dialog zustande kommt. Hier ist die Bereitschaft aller Beteiligten zu festen Verabredungen erforderlich, bei denen Ziele der Sanierung, konkrete Maßnahmenkorridore und Zeitabschnitte vereinbart werden. Nur wenn dies gelingt, werden die Kommunen langfristig wieder in die Lage versetzt, ihre kommunale Selbstverwaltung mit Leben zu füllen.